Einleitung

Christian Göbel und Thomas Heberer

Zivilgesellschaftliche Entwicklungen in China?

Zivilgesellschaft ist nicht nur unerlässlicher Bestandteil einer gefestigten Demokratie, ihr kommt im Prozess der Systemtransformation oft auch eine tragende Rolle zu. In diesem zwischen Staat und Privatsphäre angesiedelten Raum organisieren sich Gruppen auf freiwilliger Basis, um ihre Gruppenziele gegenüber anderen Gruppen und dem Staat zu artikulieren und durchzusetzen. Auf diese Art und Weise können sie ein Kontrollmoment staatlicher Herrschaft darstellen, den Staat aber gleichzeitig auch durch die Übernahme öffentlicher Aufgaben entlasten.

Die Transition ehemals autoritärer Regime in Lateinamerika, Osteuropa und Ostasiens zu Demokratien stand oft im engen Zusammenhang mit der Herausbildung einer solchen öffentlichen Sphäre. Prozesse, die sich in den letzten Jahren im zunehmend gesellschaftlich differenzierten und politisch und wirtschaftlich in internationale Kontexte eingebundenen China abspielen, scheinen auf den ersten Blick mit solchen Entwicklungen konform zu gehen.

Zum einen bildet sich, vor allem in den Städten, eine zunehmend kritische Schicht von Intellektuellen heraus, die zwar das Regime an sich nicht in Frage stellen, an bestimmten Regierungspraktiken (z.B. Korruption, Intransparenz oder strukturelle Benachteilung von Bauern, Wanderarbeitern und anderen gesellschaftlichen Gruppen) aber harsche Kritik äußern. Ebenso führt die stetig zunehmende Verflechtung von Politik und Wirtschaft in den Städten zu einer Symbiose von Unternehmern und Partei, die der Partei auf der einen Seite zwar Steuerungsvorteile verschafft, auf der anderen Seite aber um den Preis vermehrter wirtschaftspolitischer Mitsprache der Unternehmer erkauft wird.[1]

Zweitens schreitet auf dem Land seit 1987 die Einführung so genannter „Dorfwahlen" fort, in denen Dorfbewohner die administrative Führung ihrer Dörfer selbst bestimmen können. Auch auf Gemeindeebene gab es bereits semi-kompetitive Direktwahlen. Wie ein Quantensprung mutet es zunächst an, dass ähnliche Entwicklungen seit wenigen Jahren in eigens hierfür gebildeten Einheiten auf Stadtebene zu verzeichnen sind.

Drittens entwickelte sich das Internet in China innerhalb weniger Jahre zum Schauplatz eines Katz-und-Maus-Rennens zwischen staatlicher Zensur einerseits und Hackern und Aktivisten andererseits, die die Erstere innovativ umgehen. Wie im Falle der ersten beiden Phänomene versucht die Regierung, diese Entwicklung zur Legitimitätssteigerung zu nutzen, andererseits aber auch strikt zu kontrollieren.

Dieser Ritt auf dem Tiger wird, viertens, nirgendwo so deutlich wie im Falle sozialer Organisationen, die an die NGOs des Westens erinnern, aber vor allem in den Punkten finanzielle und Handlungsautonomie nicht die Kriterien einer zivilgesellschaftlichen Organisation erfüllen. Es werden vor allem Organisationen im Umwelt- und Sozialbereich geduldet, da sie die Regierung in Bereichen entlasten, die diese nicht oder nicht mehr selbst zu regeln vermag. Doch lässt sich eine solche Instrumentalisierung so einfach bewerkstelligen? Oder richtet sich der Tiger gegen seinen Reiter, indem gesellschaftliche Akteure die ihnen gewährten Freiräu-

[1] Vgl. Heberer 2002.

me beharrlich ausweiten und sich nicht mehr nehmen lassen? Mit anderen Worten: Sind die oben genannten Entwicklungen Anzeichen einer schleichenden Demokratisierung, oder dienen sie vielmehr der Stärkung des autoritären Regimes? Was bedeuten sie für die chinesische Gesellschaft? Und was für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit? Wirkt diese durch ihre Unterstützung indirekt auch auf die Demokratisierung des Gemeinwesens hin, sind ihre Leistungen politisch neutral oder macht sie sich (zunächst) gar zu Handlangern des autoritären Regimes? Und wenn, wäre das so schlimm?

Schließlich bedarf es der „Domestizierung" vor allem im Bereich ländlicher Privatunternehmen, in denen häufig frühkapitalistische Verhältnisse herrschen. Zugleich aber ist zu bedenken, dass Privatunternehmen häufig die einzig größere Beschäftigungs- und Entwicklungsquelle in ärmeren Regionen darstellen.

Bevor die studentischen Beiträge zu den Themenfeldern Lokalwahlen, Internet, NGOs, Entwicklungszusammenarbeit und ländliche Unternehmer vorgestellt werden, erscheint es jedoch unerlässlich, auf Begriff und Bedeutung von „Zivilgesellschaft" näher einzugehen.

Die Bedeutung von Zivilgesellschaft

Der Begriff bezieht sich zunächst auf vom Staat unabhängige Teile der Gesellschaft, d.h. auf eine Vielfalt „autonomer, öffentlicher Schauplätze".[2] Letztlich bedarf es Institutionen, die die Unabhängigkeit vom Staat (bzw. einer herrschenden Partei) und damit das Wirken der *Civil Society* garantieren (Gewaltenteilung, Mehrparteiensystem, Pressefreiheit, Organisations- und Versammlungsfreiheit etc.). Doch es sind nicht nur vom Staat unabhängige wirtschaftliche, politische, religiöse und intellektuelle Einheiten, die Teil der Zivilgesellschaft sind. Unter Bedingungen eines autoritären sozialistischen Systems könnte bereits die Absicherung der Rechte der Bürger und ihres Eigentums als Teil einer solchen *Civil Society* begriffen werden. Bezogen auf solche Länder meint der Begriff zunächst einfach die Herausbildung einer vom Staat unabhängigen Marktwirtschaft sowie die Möglichkeit politischer Partizipation der Bevölkerung. Dem normativen Maximalkonzept, innerhalb dessen sich Demokratie und Zivilgesellschaft wechselseitig bedingen, wird somit ein normatives Minimalkonzept entgegengestellt, um gesellschaftliche Entwicklungen in autoritären Regimen sinnstiftend klassifizieren zu können.[3]

Was den Bezug des im westlichen Kontext entstandenen Maximalkonzepts der *Civil Society* auf die VR China anbelangt, so erscheint es in diesem Lichte fraglich, ob es überhaupt übertragbar ist. Die europäische Civitas wurde einerseits durch Römisches Recht, Aufklärung, Französische Revolution u.a. geprägt. Andererseits setzt *Civil Society* einen Wandel von Clan- und Familieninteressen hin zu Gesellschaftsinteressen sowie einen Lernprozess voraus, der die Verantwortung und Mitverantwortung freier Bürger stimuliert. Hiervon ist China noch weit entfernt, auch wenn, wie oben ausgeführt, eine soziale Ausdifferenzierung und Neuformierung von Interessen und Interessenvertretungen stattfindet. Von daher geht es u.E. eher um Momente der Herausbildung ziviler Strukturen und Denkmodelle.

Der polnische Soziologe Pjotr Sztompka stellt in seiner Auseinandersetzung mit dem Begriff der Zivilgesellschaft weniger die Frage einer Trennung von Staat und Gesellschaft in den Vordergrund als vielmehr die Frage, welche Voraussetzungen für eine Zivilgesellschaft in postsozialistischen Gesellschaften überhaupt erforderlich sind. Er stellte vier Kategorien auf, derer es bedarf, um „civilizational competence" und damit die Voraussetzungen für eine mo-

[2] Eisenstadt 1992: IX.

[3] Zu Maximal- und Minimalkonzepten von „Zivilgesellschaft vgl. Merkel/Lauth 1997.

derne Gesellschaft der *Civil Society* zu erlangen:

- einer *Unternehmenskultur* als Voraussetzung für Teilnahme an der Marktwirtschaft;
- einer *Bürgerkultur* (*civic culture*) als Vorbedingung für Partizipation an einer demokratischen Ordnung;
- einer *Diskurskultur* (*discoursive culture*) als Voraussetzung für eine Teilnahme an freier geistiger Auseinandersetzung und
- einer *Alltagskultur* (*everyday culture*) als Vorbedingung für die tagtägliche Interaktion in einer modernen Gesellschaft.[4]

Existieren solche Voraussetzungen nicht bzw. bilden sie sich nicht heraus, dann kann auch keine Zivilgesellschaft entstehen.

Zwar hat sich seit Beginn der Reformpolitik Ende der 70er Jahre die Gesellschaft differenziert, sind – wie oben dargestellt - neue Formen der Interessenorganisation entstanden (NGOs oder GONGOS, government organized NGOs, Vereinigungen und Interessensverbände verschiedener Art) und hat sich der Grad an Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung deutlich ausgeweitet. Doch allein die Möglichkeit, sich zu organisieren, Interessenverbände zu gründen oder informelle politische Diskussionsclubs ins Leben zu rufen, zeichnen noch keine *Civil Society* aus. Die Qualität oder inhaltliche Bewertung der Aktivitäten hängt tatsächlich davon ab, inwieweit wir uns von dem westeuropäisch und amerikanisch geprägten normativen Begriff der Zivilgesellschaft entfernen. Auch staatlich kontrollierte Organisationen können Eigendynamik im Handeln entwickeln, und die Herausbildung von Strukturen, die einer späteren Zivilgesellschaft förderlich sind, ist auch unter den Bedingungen eines autoritären Systems möglich. Zwar nehmen autoritäre Regierungen selbst die Kategorisierung in „gute“ und „schlechte“ Organisationen der Zivilgesellschaft vor, und militante und regierungskritische Initiativen können sich in solchen Staaten nicht etablieren. Richten wir unser Augenmerk jedoch auf die Breitenwirkung von sozial oder ökonomisch motivierten Interessenverbänden, können wir durchaus von einer Wirkung auf das öffentliche Bewusstsein sprechen, einer Wirkung auf die Qualität der Öffentlichkeit.

Zweifellos gibt es in China Fortschritte im Bereich zivilgesellschaftlicher Prozesse wie die stärkere Absicherung individueller Rechte, die Herausbildung einer privaten Unternehmerschaft mit Partizipationsinteressen, die Entstehung von Vereinen und Verbänden und größere Partizipationsmöglichkeiten. Doch Lebensstandard und soziale Sicherungssysteme sind noch in Entwicklung begriffen, wobei der Staat für die Absicherung der Grundbedürfnisse zuständig ist. Staatsbildung (*state building*) und Rechtsstaatsbildung stehen gegenwärtig im Mittelpunkt staatlichen Bemühens, soziale Sicherung ist für die Mehrheit der Bevölkerung primär, Partizipation noch sekundär. Andererseits hat der Staat eine Entwicklung eingeleitet, die „Massen“ zu Bürgern machen soll.

Allerdings ist bereits die Übertragung des Begriffs der Zivil- oder Bürgergesellschaft auf das gegenwärtige China in Frage zu stellen. Den „Bürger“ (oder ‚citoyen’) in unserem Sinne gibt es noch nicht, er beginnt gerade erst, sich herauszubilden. Hierfür fehlt es noch an grundlegenden Rechtssicherheiten und einer Verfassungswirklichkeit, die erst die Voraussetzungen für eine „freie Öffentlichkeit“ schaffen würden. Soziale Probleme überlagern noch das Aktionsvermögen der sozial Schwachen; die sozial Stärkeren, die Mittelschicht, genießen erst einmal ihr stärkeres Maß an individueller Autonomie. Auch die oben von Sztompka genannten Voraussetzungen für Zivilgesellschaft in postsozialistischen Staaten existieren erst in An-

[4] Sztompka 1993: 88f.

sätzen. Zwar gibt es ein Unternehmertum bereits in beträchtlichem Umfang, aber es gebricht noch an einer Unternehmenskultur und die Entstehung einer Bürgerkultur verlangt zunächst den Bürger. Auch die Diskurskultur befindet sich noch in Entwicklung, ebenso wie eine partizipative Alltagskultur. Zwar lassen sich Ansätze für ein spezifisch von Intellektuellengruppen gesteuertes *Agenda-setting* für Belange der Bevölkerung erkennen, doch agieren diese meist unter Ausschluss der Öffentlichkeit und in Abhängigkeit von Patronage-Beziehungen. Von einer Kontrollfunktion der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat kann gegenwärtig noch nicht ausgegangen werden. Zivilgesellschaft, so Schmitter, setzt eine doppelte Autonomie voraus: Autonomie vom Staat und Autonomie von traditionalen Strukturen wie Clans, *Danwei* oder Familie.[5] Wenn eine solche Autonomie ein Kennzeichen für Zivilgesellschaft ist, dann hat China noch einen weiten Weg zurückzulegen.[6]

Die nun folgenden studentischen Beiträge sind bemüht, das soeben geschilderte phänomenologische Vakuum der Nichtexistenz einer Zivilgesellschaft einerseits und den vielfältigen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen andererseits empirisch-analytisch zu füllen und auf dieser Basis Handlungsfelder für die Heinrich-Böll-Stiftung und das Auswärtige Amt zu umreißen. Sie widmen sich der Partizipation der Stadt- und Landbewohner, Wahlen und sozialer Sicherung in den Nachbarschaftsvierteln chinesischer Großstädte, der Rolle des Internets, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), der Entwicklungszusammenarbeit Deutschland-China sowie Problemen ländlicher Unternehmen.

Literatur:

Eisenstadt, Shmuel N. (1992), eds., Democracy and Modernity, Leiden.

Heberer, Thomas. (2002), Unternehmer als strategische Gruppen: Zur sozialen und politischen Funktion von Unternehmern in China und Vietnam, Hamburg.

Heberer, Thomas/Sausmikat, Nora (2004), Bilden sich in China Strukturen einer Zivilgesellschaft heraus? Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften, No. 61 (Grüne Reihe) (Internet download: http://www.in-east.de)

Merkel, Wolfgang/Lauth, Hans-Joachim (1997), Hg., Zivilgesellschaft und Transformation, Mainz.

Mutz, Gerd/Ouan, Nina (2004), Dokumentation des Fachgesprächs Zivilgesellschaften in Südostasien. Perspektiven des sozialen Wandels. 5. und 6.2.2004, Bonn (durchgeführt vom Münchener Institut für Sozialforschung und der Heinrich Böll Stiftung): 6.

Schmitter, Philippe C. (1997), Civil Society East and West, in: Diamond, Larry/Plattner, Marc F. et al., eds., Consolidating the Third Wave Democracies, Baltimore, London, S. 239-262.

Sztompka, Pjotr (1993), Civilizational Incompetence: The Trap of Post-Communist Societies, in: Zeitschrift für Soziologie, 2, S. 85-95.

Yu Keping (2003), The Emerging of China's Civil Society and its Significance for Governance, Essen (Asia Foundation).

[5] Vgl. Schmitter 1997: 256.

[6] Eingehender: Heberer/Sausmikat 2004.